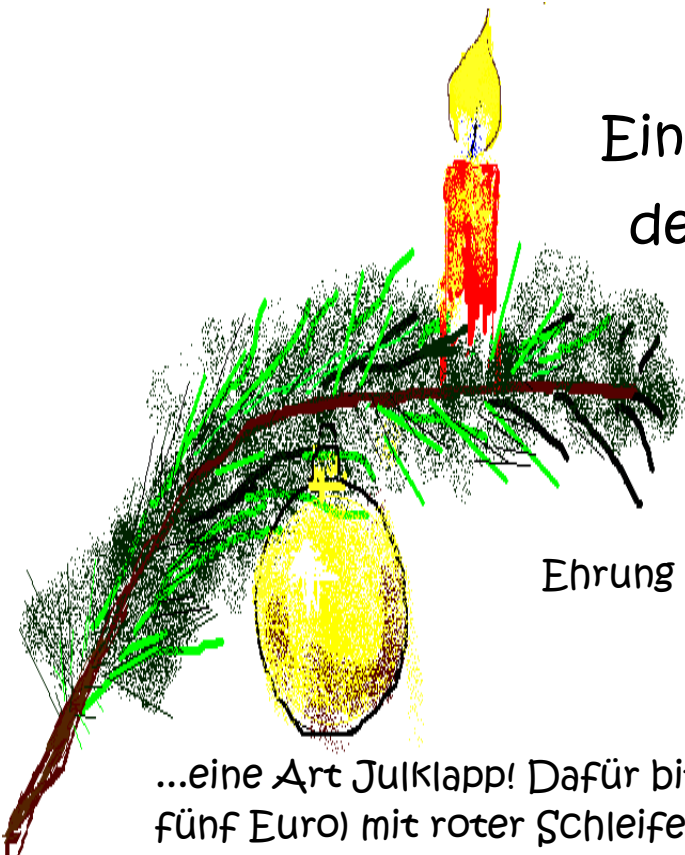




distriktforum

Eine Zeitung für den SPD- Distrikt Ottensen mit Nachrichten und Terminen Dezember 2007



Einladung zur Weihnachtsfeier des SPD- Distriktes Ottensen

am Samstag 15.12. 2007 um 15 Uhr

Im Gemeindehaus der Kreuzkirche

Hohenzollernring 78 a

Ehrung langjähriger Genossinnen und Genossen

Kaffeetrinken, plaudern... und

...eine Art Julklapp! Dafür bitte eine Kleinigkeit (Höchstwert neu
fünf Euro) mit roter Schleife oder in rotem Papier verpackt zur
Verlosung mitbringen.

...und bitte jede Menge Kuchen backen und mitbringen!!!!

! Anmeldung bei Üwe Biel: **39 90 04 15**



Gäste sind immer herzlich willkommen!

Cathrin Herweg

Distriktvorsitzende

Kathrin Behrmann

stellvertr. Distriktvorsitzende

Editorial

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen,

ein Jahr gefüllt mit Ereignissen geht bald vorbei. Es begann mit einer spannenden KandidatInnensuche für die Bürgerschaftswahl im Februar 2008. Wir schauen zurück auf einen großartigen Bundesparteitag, auf dem wir ein neues Grundsatzprogramm, das auch noch den Namen unserer Stadt trägt, verabschiedet haben. Leider gibt es auch immer tragische, nachdenklich stimmende Momente, wie der Tod von Gert M. Petersen, der Rücktritt von Franz Müntefering. Dennoch blicken wir gestärkt nach vorn, denn es gilt, jetzt alles für die Wahl zu mobilisieren damit wir in Hamburg endlich wieder einen sozialdemokratischen Senat und damit Michael Naumann als Bürgermeister stellen können.

„Wenn Ole ‚grün‘ wird, muss rot gewählt werden!“

In diesem Sinne, herzlichst Eure



Cathrin Herweg

Pyrrhus und die Revision der Agenda - der Geschichte

Berliner Ansichten von Helmut Kynast - erster Teil

„Noch so ein Sieg, und ich bin verloren!“ Das soll König Pyrrhus von Epirus 279 v. Chr. gesagt haben, nachdem er die Schlacht bei Ausculum unter großen Verlusten gegen die Römer gewonnen hatte.

Auch wir haben uns durchgesetzt – vorerst. Der Hamburger Parteitag hat in einem Neun – Punkte – Papier beschlossen, die Bundesagentur möge das Arbeitslosengeld an ältere Beschäftigte länger als bisher zahlen und dies stärker an die Leistung von Beiträgen knüpfen. Gleichzeitig soll der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherungen sinken. Inzwischen sind uns

Koalitionsausschuss, Bundesregierung und Bundestag weitgehend gefolgt.

Das war vorauszusehen. Denn Frau Merkel hatte ein ähnliches Projekt im Archiv, allerdings gehofft, die Vorlage nicht hervorholen zu müssen, weil sie ohnehin am Widerstand der SPD scheitern würde. Das war ein Trugschluss.

Was nun ?

Der Erwartungsdruck in der Bevölkerung ist hoch, der Wunsch nach Abkehr von der Agenda übermächtig.

Drei Landtagswahlen stehen bevor. Deshalb hat bei den Parteien ein regelrechter Wettlauf um das am besten

geschärfte „soziale Profil“ eingesetzt. Im Augenblick führen die Grünen. Sie gebärden sich wie die Igel: „Ich bin schon da!“

Die Frage ist nicht mehr das Ob, sondern nur noch das Wie. Mit der Verlängerung der Zahldauer des ALG I bricht ein wesentlicher Stein aus dem Gebäude der Agenda 2010 heraus.

Weitere werden ihm folgen, die neun Punkte nennen sie ausdrücklich: Teilrente und Altersteilzeit sollen miteinander „verzahnt“, ein flexibler Übergang ab dem 60. Lebensjahr in die Altersrente möglich, die Aufstockung von Rentenversicherungszeiten ab dem 60. Lebensjahr geprüft werden. Rente mit 67 passé?

Erinnern wir uns:

Anders als in den USA und Großbritannien waren in den 80iger Jahren durchgreifende Sozialreformen in Deutschland unterblieben. Die Regierung Kohl hatte sich mit Halbheiten begnügt, auf einem Gebiet sogar das glatte Gegenteil getan und die Zahldauer des Arbeitslosengeldes – damals noch ohne den Zusatz I – auf satte 32 Monate für Beschäftigte ab Vollendung des 57. Lebensjahres verlängert. Eine glänzende Grundlage für Frühpensionierungen zu Lasten der Steuer- und Beitragszahler. Und zu Gunsten nicht nur der älteren Arbeitnehmer, sondern vor allem großer Unternehmen. Die hatten sich nämlich schon Jahre zuvor – steuerbegünstigt – immense Rückstellungen für betriebliche Ruhegelder leisten können, die sie jetzt den Frühpensionären zusätzlich zu deren Arbeitslosengeld auskehrten. Mit dabei waren Gewerkschaften und Betriebsräte. Auf Betriebsversammlungen behaupteten sie, auch an die Substanz gehende Rationalisierungen mit Hilfe von Tarifverträgen und Sozialplänen „sozialverträglich hingekriegt“ zu haben. Es kümmerte sie keinen Deut, dass sie mit ihrer irrigen Theorie daneben lagen, Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit verteile die 'knapper werdende Arbeit' auf mehrere Schultern,. Diese Maßnahmen führten nicht dazu, Arbeitslosen zu

einem Job zu verhelfen. Stattdessen stiegen die Kosten der Arbeit einschließlich der Nebenkosten. Geradezu eine Einladung für Unternehmer im Zeitalter technologischer Umwälzungen menschliche Arbeit durch immer billiger und leistungsfähiger werdende maschinelle zu ersetzen.

1998 wurde das Schlachttross Kohl endlich abgewählt. Die Bahn schien frei für eine moderne Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch was geschah? Statt Konsequenzen aus den Tatsachen der Globalisierung und einer rasch alternenden Gesellschaft zu ziehen, verlor sich die rot - grüne Regierung in kleinliche Streitereien über eine „Scheinselbständigkeit“ und eine „neue“ Finanzpolitik á la Lafontaine, die auf nichts anderes als auf die Wiederkehr milliardenschwerer Konjunkturprogramme hinauslief – trotz immenser Staatsverschuldung. Mehr noch: Sie redete plötzlich von einer Rente mit 60 und widerrief eine der wenigen sinnvollen Maßnahmen der Kohl - Regierung: den demographischen Faktor, um ihn Jahre später wieder einzuführen – freilich unter einem anderen Namen.

Nachhaltigkeit oder gar Glaubwürdigkeit?

Es ist wahr: Die Agenda 2010, zu der sich die Schröder - Regierung schließlich durchrang, war zweifellos ein tiefer Einschnitt.

Seither sitzt die Agenda 2010 vielen im Nacken: Millionen Menschen, deren Armut oder Furcht davor wächst und unserer Partei, die weder programmatisch noch mental darauf vorbereitet war. Dennoch: viele ihrer Maßnahmen waren notwendig. Beispielsweise die organisatorische Zusammenlegung der Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe und die Abschaffung der Frühpensionierung, so ausdrücklich formuliert in der Regierungserklärung Schröders vom 14. März 2003. Voraussetzung dafür war die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, das jetzt den Zusatz I erhielt.

Das soll jetzt korrigiert werden: Zurück zur Frühverrentung. U. a. darum geht es dem DGB. Mit ihm wollen wir wieder „kampagnenfähig“ werden. Anders kann ich die ersten fünf unserer neun Punkte nicht lesen.

Exakt dieser Illusion, jener „gefühlten Ungerechtigkeit“, spielen wir jetzt in die Karten.

Als langjähriger Vorsitzender eines Betriebsrates in der Mineralölindustrie kann ich ein Lied davon singen, wie Kolleginnen und Kollegen mir die Tür eingerannt haben mit dem Wunsch, doch endlich „raus zu kommen“, dem Mobbing zu entfliehen, das sie als sozial „Abgesicherte“ als überreife Birnen bezeichnet hatte. Mit geballter Faust in der Tasche habe ich mit ansehen müssen, wie durch die „vorzeitige Verrentung“ nicht ein einziger neuer Arbeitsplatz entstand, statt dessen nur ältere Kollegen gegen jüngere ausgetauscht wurden – vor allem zum Vorteil des Arbeitgebers. Als gewählter Amtsträger habe ich diesem Druck jahrelang nachgegeben, bis mir die Fakten und der Blick in den Spiegel angesichts der verlogenen Ideologie „Trau keinem über 50“ nicht mehr erträglich schienen.

„55iger Regelung“, „Vorruhestand“, „Altersteilzeit“. All diese Maßnahmen haben das Ansteigen der Langzeitarbeitslosigkeit nicht verhindern können. Im Gegenteil. Nicht nur den Kostendruck, unter dem Arbeitsplätze im Grenzbereich von Beschäftigung und Rationalisierung weiterhin zusammenbrechen, haben sie verstärkt, sondern auch die Illusion vieler Beschäftigter, sie könnten durch vorzeitiges Ausscheiden Jüngeren Arbeitsplätze freimachen und selber Leistungen aus den Sozialkassen beziehen – je eher, desto besser, denn schließlich habe man ja – nach jahrelanger Einzahlung – einen Anspruch. Dass dabei der Charakter von Sozialversicherungen über den Jordan geht und deren gesamte Systematik zu Lasten kommender Generationen ins Wanken gerät, interessierte ebenfalls nicht.

Seit Ende der siebziger Jahre ist das Heer der Frühpensionierten ständig gewachsen, und es wächst weiter, denn die Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur soll erst 2010 auslaufen. Doch dazu wird es wohl nicht mehr kommen. Rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2009 wollen die „Volksparteien“ die Agenda ausgerechnet an einer Stelle ändern, wo sie erfolgreich ist: Denn gerade die (noch) bevorstehende Abschaffung der Frühverrentung hat zu einer positiven Trendwende in den Betrieben geführt: Die Tätigkeit älterer Mitarbeiter wird wieder geschätzt, und ihr prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist wieder gestiegen. Ältere Arbeitnehmer, die dennoch ihren Arbeitsplatz verloren haben, bemühen sich wieder verstärkt um eine neue Anstellung, in vielen Fällen mit Erfolg.

Entsprechend sinkt ihr Anteil an der Zahl Arbeitsloser. Durch seine Aktion „50 – plus“ wollte Müntefering diesen Trend fördern.

Hier und nirgendwo sonst liegt eine „Reformdividende“.

Sie besteht in der Senkung der Lohnnebenkosten und der daraus folgenden Entlastung der Steuer- und Sozialkassen. Deshalb ist die Verringerung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung richtig. Sie trägt dazu bei, dass

unsere Volkswirtschaft am Aufschwung der Weltkonjunktur teilnimmt und mit Abschwüngen besser fertig wird. Auf diesen Zusammenhang hat Helmut Schmidt in seinem letzten ‚Spiegel‘-interview hingewiesen. Von „deutschem Aufschwung“ zu reden, sei dummes Zeug. Deutschland profitiere von einer weltweiten Entwicklung, an der es erheblich weniger Anteil hätte, wenn es die Agenda Schröders nicht gäbe. Recht hat er.

Die Arbeitslosenversicherung ist eine Risikoversicherung -

-keine Lebensversicherung. Sie deckt das Risiko der Arbeitslosigkeit ab und arbeitet eben nicht nach der Methode, „wer viel einzahlt, bekommt viel raus“. Sie soll Menschen, die das existentielle Schicksal der Arbeitslosigkeit erleiden, möglichst schnell wieder zu einem Arbeitsplatz verhelfen. Gegebenenfalls durch Maßnahmen zur Qualifizierung,

die mit den Erfordernissen des Marktes vereinbar sind. Dazu wird unbedingt die Initiative der Arbeitslosen benötigt. Sie sollen sich bemühen, möglichst schnell wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Denn: Je länger die Arbeitslosigkeit dauert, desto geringer ist die Chance ihrer Beendigung. Damit sind wir bei der Frage:

Was tun?

Ist die Agenda ein in Stein gemeißeltes alttestamentarisches Gesetz, das man nicht ändern, sondern allenfalls samt ihren Befürwortern vom Pfad sozialdemokratischer Tugend stoßen kann?

Sie ist es nicht! Wie alle politischen Programme, Initiativen und Gesetze ist sie änderbar. Wenn diese sich in der Praxis als ineffizient oder gar widersinnig herausstellen, müssen sie durch bessere, nicht etwa populärere, ersetzt werden. Das sagt Gerhard Schröder heute. Auch er hat Recht.

wird die Armut bekämpft, die Implosion unserer Gesellschaft vermieden? In der Geschichte zweiter Teil möchte ich – unbescheiden wie ich bin - versuchen, das Bessere zu skizzieren. Mir scheint, darüber haben wir alle uns bisher zu wenig grundlegende Gedanken gemacht. Daher unser Schwanken, das unserer Glaubwürdigkeit nicht dient und uns der Gefahr aussetzt, zu verlieren -wie Pyrrhus vor mehr als zweitausend Jahren.

Helmut Kynast

Was aber ist das Bessere? Wodurch

Ein Lift zur Mitgliederversammlung/Kreisparteitag/Weihnachtsfeier...

Genossinnen/ Genossen, die nicht so gut zu Fuß sind, haben die Möglichkeit sich zu unseren Veranstaltungen abholen zu lassen (und selbstverständlich wieder zurück). Bei Bedarf nehmt bitte Kontakt auf zu **Uwe Biel: 39 90 04 15** oder **Reinhard Zaage: 880 05 16** und klärt mit ihnen die Einzelheiten. Falls andere Genossinnen/Genossen PKW und Hilfe anbieten können und wollen, dann mailt einen Kontakt an distriktforum@email.de

Kleiner Empfang der AsF Altona

(Arbeitskreis sozialdemokratische Frauen)

am Donnerstag den 20. Dezember 2007

von 17:00 – 19:30 Uhr

Wo? Im Café Breitenberg Ecke Chemnitzstr./Hospitalstr.
(ACHTUNG: nicht Breitengrad!),

So kurz vor den Festtagen wollen wir Frauen zusammen kommen und ein bisschen vorfeiern: mit Kaffee, Tee und Kuchen, Überraschungs-paketen und einigem mehr.

Alle Genossinnen aus Altona sind eingeladen - und ihr könnt gern noch Freundinnen mitbringen!

JUSOS ALTONA WÄHLEN NEUEN KREISVORSTAND



DAS SPD-KREISBÜRO PLATZTE AUS ALLEN NÄHTEN

Die Jusos Altona haben am 14. November einen neuen Kreisvorstand gewählt.

Einstimmig als Jusos-Kreisvorstandsvorsitzender im Amt bestätigt wurde: **Johannes Roßberg**

Seine StellvertreterIn sind: **Anne-Marie Hovingh** und **Max Heyn**

Folgende 8 Beisitzer/innen wurden gewählt: **Teresa Jaß, Serkan Bicen, Manuela Pilz-Ertel, Henrik Strate, Ragna Friedrichsmeier, Henner Will, Miriam Prohl, Markus R. Müller.**

><<TERMINE>< TERMINE>< TERMINE><TEMINE><TERMINE >><

Bitte gleich im Kalender den **14. Februar 2008** freihalten für die Veranstaltung der Jusos Altona und Michael Naumann:

HipHop trifft Politik Weiteres erfahrt ihr in einer der nächsten Ausgaben.

Hamburg vor der Pleite?

fragt Referent Henner Will am Dienstag den **18.12.07** um **20:00** Uhr im
SPD-Kreisbüro, Max-Brauer-Allee 20

Die Reformen des Hamburger Haushalts- und Rechnungswesens

Vor kurzem hat der Hamburger CDU-Senat einen ausgeglichenen Haushalt präsentiert. „Dennoch lebt Hamburg von seiner Substanz“, so die These des VWL-Studenten Henner Will. Er wird Einblicke in die anstehenden Reformen des öffentlichen Sektors geben und uns gleichzeitig Grundlagen der Kameralistik und privatwirtschaftlichen Bilanzierung vorstellen.

Du bist noch keine 35 Jahre alt... dann komm zum nächsten Termin! Es sind natürlich auch alle anderen herzlich willkommen. Wir freuen uns über jede/n, der/die Lust hat mehr über unsere Arbeit zu erfahren. www.jusos-altona.de



Bildung

Bessere Schulen für Hamburg

Auszüge aus dem Flyer der SPD-Fraktion in Gänze nachzulesen im Netz unter
http://www.spd-fraktion-hamburg.de/uploads/tx_wfpresse/ZumThema_BessereSchulen.pdf

Eine gute Bildung eröffnet Chancen und Gestaltungsmöglichkeiten für das Leben. Deshalb ist eine bessere Bildung für alle Kinder in Hamburg das Ziel der SPD-Fraktion. Doch noch hängt der Bildungserfolg von der sozialen Lage ab und die vielen Schulformen führen keineswegs zu besseren Leistungen.(...)

- Rund zwölf Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Jedes vierte Kind zählt zu den Risikoschülern.
- Im Hamburger Schulsystem herrscht eine große soziale Ungerechtigkeit: Ein 15-jähriger Schüler aus der Oberschicht hat bei gleicher Leistung eine 3,5-mal so hohe Chance, ein Gymnasium zu besuchen, wie ein Kind aus einer Arbeiterfamilie.(...)
- Die vielen verschiedenen Schulformen führen zu Unübersichtlichkeit. Hamburg leistet sich bis zu sieben Schulformen nebeneinander. Hinzu kommen noch zusätzliche Aufbauschulen.

Einführung von Stadtteilschulen

Eine der Ursachen für die negative Leistungsbilanz der Schulen ist die bisherige Schulstruktur in Hamburg. Das frühe Auseinanderreißen der Kinder nach der Grundschule in bis zu sieben verschiedene Schulformen verhindert eine optimale Förderung. Um die Probleme anzugehen, hat die Bürgerschaft auf Antrag von SPD und GAL im Januar 2006 einstimmig die Einsetzung

der Enquete-Kommission „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ beschlossen. Die Kommission erarbeitete bis zum Frühjahr 2007 einen umfassenden Katalog an Empfehlungen, an denen sich die Schulpolitik aller Parteien und Fraktionen in Zukunft messen lassen wird: Der wichtigste Beschluss ist der endgültige Abschied vom dreigliedrigen

Schulsystem. Zum 1. August 2009 soll die neue Schulstruktur mit der Einführung von Stadtteilschulen umgesetzt werden. Die Hauptschule wird damit in Hamburg endgültig abgeschafft. (...) Haupt- und Realschulen, integrierte Haupt- und Realschulen sowie integrierte und kooperative Gesamtschulen zusammen mit Aufbaugymnasien und beruflichen Gymnasien (Wirtschaftsgymnasien und technische Gymnasien) werden zu Stadtteilschulen. Jede weiter-

führende Schule in Hamburg wird dann die Möglichkeit des direkten Weges zum Abitur anbieten - die Stadtteilschule in 13 Jahren, das Gymnasium in (in) zwölf Jahren. Ferner hat sich die Enquete-Kommission auf den Abbau des Sitzenbleibens, weniger Schulformwechsel und Abschlüssen geeinigt. Die Abschaffung der Hauptschule und die Entwicklung von Stadtteilschulen wird das hamburgische Schulsystem nachhaltig verbessern.

Die SPD verbindet mit der Reform (...) die Perspektive einer ‚Schule für alle‘ nach dem skandinavischen Modell.

Auf dem Weg dahin gilt es, alle Beteiligten mitzunehmen. Kein Gymnasium wird gegen den Willen der Eltern abgeschafft. Ausgangspunkt für die ‚Schule für alle‘ ist die Stadtteilschule. Aus Sicht der SPD müssen Gymnasien auch Stadtteilschule werden können – allein oder im Verbund mit anderen Schulen.

(...) Die Hamburger SPD hatte im Dezember 2006 ausdrücklich auf ihrem Landesparteitag beschlossen, dass der

Elternwille respektiert wird. Gymnasien sollen die Möglichkeit erhalten, sich zu Stadtteilschulen zu entwickeln.

„Dies geht aber nur gemeinsam mit den Eltern. Sobald eine Umwandlung mehrheitlich von den Eltern abgelehnt wird, wird sie nicht stattfinden“, so Buss.

Es wird ein Nebeneinander von Stadtteilschule und Gymnasien geben. Der Zeitrahmen liegt dabei in den Händen der Eltern.

Gymnasien müssen Herausforderung annehmen

Die Gymnasien werden sich der neuen Herausforderung Stadtteilschule stellen müssen. (...) Über 50 Prozent aller Kinder gehen nach der Grundschule auf ein Gymnasium, aber nur 27 Prozent machen hier auch das Abitur. „Das kann nicht so bleiben“, sagte Buss: „Es bedeutet für die Gymnasien, dass sie eine/n SchülerIn bei einem Leistungstief nicht gleich abschulen, sondern durch individuelle Förderung unterstützen müssen.“ (...)

Die SPD fordert eine Weiterentwicklung der Gymnasien:

1. Da ein Teil der SchülerInnen des Gymnasiums nach dem Mittleren Abschluss oder dem Abitur in die duale oder vollzeitschulische berufliche Ausbildung wechselt, sollen die Gymnasien ihre Angebote der Berufsvorbereitung ausbauen.
2. Es soll die Einführung einer echten Profiloberstufe (...): Dabei werden fünf unterschiedliche Fächer zu Profilen verknüpft. Die Beibehaltung der Leistungs- und Grundkurse in der gymnasialen Oberstufe sowohl in den Gymnasien als auch in den Stadtteilschulen ist zur Sicherung der Exzellenz des Abiturs unerlässlich.

Attraktive Stadtteilschulen (...)

Stadtteilschulen sollen aus Sicht der SPD nach Möglichkeit als Ganztagschule geführt werden. Strukturelemente der Gesamtschulen sollen in die Praxis der Stadtteilschule einfließen. Stadtteilschulen müssen gut ausgestattet werden mit ‚mehr Zeit zum Lernen‘ für die Kinder und einer

Erfolg versprechenden Zusammensetzung des Personals einschließlich Sonderpädagogen, GymnasiallehrerInnen und SozialarbeiterInnen. Es ist wichtig, dass in jedem

Stadtteil eine Verständigung darüber erzielt wird, wie Stadtteilschulen entwickelt

werden. Unverzichtbare Voraussetzung ist daher eine gute regionale Schulplanung, die unter einer örtlichen Schulaufsicht erarbeitet werden muss. Die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen ist unterschiedlich. Daher ist es sinnvoll, vor Ort die jeweils beste Lösung zu suchen und dann auch umzusetzen.

Soziale Spaltung der Stadt - Hohe Quote bei Schulabbrechern

(...) Jedes Jahr verlassen rund 1.800 Schülerinnen und Schüler die Hamburger Schulen ohne Abschluss. Besonders betroffen sind Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Lag die Quote im Jahr 2001 noch bei 28,6 %, hat sie im Jahr 2006 33,13 % erreicht. Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz oder einen Job sind ohne Schulabschluss gering. Dies gilt auch für die Jungen und Mädchen mit einem schwachen Hauptschulabschluss. „Der CDU-Senat verfolgt nicht einmal mehr das Ziel, hier nennenswert etwas zu verändern“, kritisiert (Britta) Ernst. Die SozialdemokratInnen wollen die Quote der SchulabgängerInnen ohne Abschluss in einem ersten Schritt halbieren.

Gute Ganztagschulen für mehr Chancengleichheit

Die SPD-Fraktion fordert ein Landesprogramm Ganztagschule, das nach dem Auslaufen des Bundesinvestitionsprogramms den weiteren Ausbau der Ganztagschulen sowie eine Qualitätsoffensive vorsieht:

1. Der Ausbau von Ganztagschulen muss fortgesetzt und sozial gerecht gestaltet werden. (...) Hamburg braucht (...) dringend ein regionales und über die Schulformen ausgeglichenes Netz an verbindlichen Ganztagschulen. (...) „Mehr Zeit zum Lernen“ ist für alle Schüler ein zentraler Baustein für bessere Lernerfolge. Die SPD-Fraktion will mit dem Landesprogramm 100 neue Schulen in Ganztagschulen umwandeln – innerhalb von sechs Jahren. Dabei sind die soziale Lage, die gleichmäßige regionale Verteilung und die Grundschulen zu berücksichtigen.
2. Der CDU-Senat hat den Ausbau der Ganztagschulen sowie die Einführung des Abiturs (in) zwölf Jahren auch durch Einsparungen bei den bestehenden Ganztagschulen finanziert. So wurde der pädagogische Mehrbedarf um 60 Prozent abgesenkt. Dies ist sozial unausgewogen, da die bereits vor 2004 bestehenden Ganztagschulen hauptsächlich in sozialen Brennpunkten liegen und auf eine gute pädagogische Nachmittagsbetreuung angewiesen sind. Die Sparrunden ab dem Schuljahr 2007/2008 müssen gestoppt werden.
3. (...) Ziel für Hamburg muss eine Ganztagsbetreuung an jeder Grundschule sein: entweder durch eine Ganztagsgrundschule oder durch einen Hort.
4. Durch mehr verbindliche Ganztagsangebote und eine verstärkte Rhythmisierung des Schulalltags soll die Qualität gesteigert werden.

Ein Ausschnitt aus einem Flugblatt der Friedrich Ebert Stiftung

Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen

Demokratie ist eine Aufgabe – keine Selbstverständlichkeit

Die beste präventive Strategie gegen keine Selbstverständlichkeit. Sie Rechtsextremismus ist die Stärkung muss fortwährend neu gelernt und der Demokratie. Denn auch wenn es erarbeitet werden. manchmal so scheint: Demokratie ist Die Zahl der rechtsextremen Straf-

taten, vor allem der Propagandadelikte, ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Bei der Pro-Kopf-Statistik der rechtsextremen Gewaltdelikte ist Schleswig-Holstein trauriger „Spitzenreiter“ unter den westdeutschen Bundesländern. Gleichzeitig bauen Rechtsextreme Schulungszentren, üben die Kunst der Verstellung, und nutzen raffinierte Strategien, um rechtsextreme Ansichten und Propaganda in die Mitte der Gesellschaft hineinzutragen.

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Vom Rand zur Mitte“ warnt davor, dass der Rechtsextremismus auch wirklich in die Mitte der Gesellschaft vordringt. Insbesondere, so stellen die Forscher fest, finden ausländischerfeindliche Äußerungen eine breite Zustimmung.

Ursachen für rechtsextreme Einstel-

lungen sind meist vielschichtig. In der Regel ist es ein Zusammenspiel sozialer und individueller Faktoren. Verunsicherung, Orientierungslosigkeit, eine niedrige formale Bildung und schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt gehören sicherlich dazu. Aber auch Menschen aus scheinbar guten und gesicherten Verhältnissen sind nicht immun gegen rechtsextremes Gedankengut.

www.julius-leber-forum.de/gegen-rechts

**Friedrich-Ebert-Stiftung
Julius-Leber-Forum**
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg
und Schleswig-Holstein

Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon: 040 / 32 58 74 0
Telefax: 040 / 32 58 74 30
E-Mail: hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de



SPD-Innenpolitiker für NPD-Verbotsverfahren

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus drängt die SPD weiter auf ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren. Nach dem SPD-Bundestag Ende Oktober in Hamburg stellten sich am Montag auch die Innenexperten der SPD aus Bund und Ländern in Schwerin hinter Forderungen nach einem Verbot der rechtsextremen Partei. (...)

«Wir erleben die NPD bei uns im Landtag und wir sehen, wie sie mit staatlichen Geldern ihr Netz in der Fläche immer enger knüpft. Ein Parteiverbot würde diesen Mittelfluss stoppen», sagte Nieszery MdL (Schwerin).(...)

Nieszery kündigte (..) an: «Die SPD wird das Thema in den Länderparlamenten und im Bundestag weiter vorantreiben. Wer in den Westländern Rechtsextremismus noch als Ostproblem abtut, verkennt, dass es längst ein gesamtdeutsches Problem ist.» (...)

Dieter Wiefelspütz von der SPD-Bundestagsfraktion sieht es ebenso: Der Rechtsextremismus berge in Deutschland größere Gefahren als der Terrorismus. Die Politik von Bundesinnenminister Schäuble(CDU) werde dem Problem aber nicht gerecht. «Wenn der Bundesinnenminister zu 90 % nur noch über

Terrorismus redet, verkennt er die deutsche Kriminalitätswirklichkeit», sagte Wiefelspütz. (...)

«Nach meinem Eindruck ist (.) auch die Union - wie wir - davon überzeugt, dass die NPD verfassungsfeindlich

ist. Die logische Folge wäre ein neuer Verbotsantrag», erklärte Wiefelspütz. Bis dahin müssten aber alle Verbindungen des Verfassungsschutzes in die NPD-Vorstände hinein abgebrochen werden. [SPD-@artikeldienst](#)

Nach Gerichtsentscheid (s.u.): Beck will neues NPD-Verbotsverfahren

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) hat sich, nachdem die NPD mit ihrer Verfassungsklage gegen die Landesregierung gescheitert ist, ein neues Verbotsverfahren gegen die rechtsradikale Partei befürwortet. Der Verfassungsgerichtshof in Koblenz habe festgestellt, dass «die NPD im rechts-

extremen Spektrum zu den aggressivsten Organisationen zählt», sagte Beck in Mainz. Die Frage eines Verbotes stelle sich nach wie vor. «Ich befürworte ein erneutes Verbotsverfahren», sagte der SPD-Chef. Die Entscheidung des Gerichts stärke die wehrhafte Demokratie.

Der Verfassungsgerichtshof hatte am Dienstag eine Klage der NPD abgewiesen, mit der die rechtsextreme Partei das Verbot einer Broschüre des Innenministeriums mit dem Titel «Kommunen gegen Rechtsextremismus» erwirken wollte. Auch den Antrag auf eine einstweilige Verfügung wies das Gericht zurück. In der Broschüre informiert das Ministerium über Strategien, wie die Kommunen auf Herausforderungen durch Rechte reagieren können. So wird anhand des Falles im pfälzischen Kirchheim aufgezeigt, wie eine Gemeinde sich gegen einen angeblich geplanten Immobilienkauf der NPD zur Wehr setzen kann. Die NPD sah dadurch ihre verfassungsmäßigen Rechte als nicht verbotene politische Partei verletzt. [spd-@artikeldienst](#)

IMPRESSUM <i>distriktforum</i> , 8. Jahrgang	Nachrichten und Informationen für den SPD Distrikt Ottensen.	1220 12206, BLZ: 20010020
Herausgeber und Redaktion: SPD-Ottensen	Es erscheint regelmäßig mit der Einladung zu jeder Distriktversammlung.	Beiträge und Meinungen, Briefe und Bilder, Termine und Fristen, Wichtiges und anderes bitte an die Redaktion:
Druck: Friedensblitz	Spenden für SPD-Ottensen bitte auf das Distriktkonto:	distriktforum@email.de
Das <i>distriktforum</i> ist eine Zeitung mit	SPD- Ottensen, Postbank, Kontonummer:	Redaktionsschluss: 1.Dienstag im Monat

Historische Erinnerungen [SPD-@ARTIKELDIENST](#)

- 11. Nov. 1727 Wundarzt Johannes Andreas Eisenbarth gest.
- 12. Nov. 1817 Baha'u'llah, Gründer der Baha'i-Religion geb.
- 13. Nov. 1862 Dichter Ludwig Uhland gest.
- 15. Nov. 1907 Widerstandskämpfer Claus Schenk Graf von Stauffenberg geb.
- 16. Nov. 1797 Friedrich Wilhelm II. gest.

- 17. Nov. 1982 Exil-Iraker gründen "Obersten Rat"
- 19. Nov. 1942 Sowjetische Offensive bei Stalingrad
- 21. Nov. 1942 Alaska Highway eröffnet
- 22. Nov. 1767 Andreas Hofer geb. Der Wirt aus dem Passeier Tal kämpfte gegen die bayerische Herrschaft über Tirol. Der Aufstand scheiterte, Hofer wurde vors Kriegsgericht gestellt und erschossen.
- 23. Nov. 1912 Otto I. geb. In Geschichtsbüchern wird Otto I. gerne als erster "deutscher" Kaiser bezeichnet. Dabei fühlte er sich Zeit seines Lebens eher als Sachse.
- 24. Nov. 1642 Tasmanien entdeckt
- 25. Nov. 1952 London: Uraufführung von "Die Mausefalle".
- 28. Nov. 1987 Wolfgang Liebeneiner gest. Anfangs war er Schauspieler, später - unter den Nazis - startete Liebeneiner seine Karriere als Regisseur.
- 29. Nov. 1982 "Flick-Protokolle" veröffentlicht . Der Flick-Konzern verkaufte Aktien, wollte aber die fälligen Steuern sparen - und bekam eine Befreiung. Später kam heraus, dass üppige Spenden an Parteien geflossen waren.
- 30. Nov. 1987 Einweihung des Institut du Monde Arabe. Die Pariser Einrichtung soll als Mittler zwischen arabischer und westlicher Kultur wirken.
- 01. Dez. 1957 Beginn des WDR-Regionalfernsehens
- 02. Dez. 1932 Kurt von Schleicher wird Reichskanzler. Der Politiker wollte mit Hilfe eines Bündnisses aus Reichswehr, Gewerkschaften und Parteien eine Nazi-Regierung verhindern. Nach wenigen Wochen trat er zurück.
- 03. Dez. 1967 Erste Herzverpflanzung beim Menschen
- 04. Dez. 1977 Bokassa krönt sich zum Kaiser
- 05. Dez. 1997 Rudolf Bahro gest.
- 06. Dez. 1912 Büste der Nofretete entdeckt

... wo wir schon mal dabei sind... das SPD Parteibuch wurde 1907 auf dem Parteitag in Essen eingeführt! Jopi Heesters ist älter, der wurde gerade 104. Herzlichen Glückwunsch!

Wie versprochen: Der Kompetenzmesser! (oder das Kompetenzmesser)

DER Kompetenzmesser: Ausschneiden, auf eine feste Pappe kleben und anlegen- so läßt sich sicher die Kompetenz von Kompetenten ermitteln.

Tipp zur Auswertung der Messergebnisse: Tabelle für Kriterien erfinden, Werte eintragen und wichtiges Dokument in schwierigen Sätzen herstellen. Dieses in einen frankierten Briefumschlag stecken und an die Kompetenzbehörde senden. Adresse erhalten Sie bei allen Ortsämtern. Die freuen sich sicherlich auf Ihren Anruf.

DAS Kompetenzmesser: ist in zwielichtigen Vierteln auf zweifelhaften Hinterhöfen erhältlich. Der Preis schwankt je nach Organisation

Die Redaktion wünscht schöne Feiertage und einen Guten Rutsch!

